

17. November 2008

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: www.spd.de

SPD kämpft für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Deutschland und Europa

Mit dem Schutzschirm für die Finanzwirtschaft arbeitet die Bundesregierung daran, die negativen Auswirkungen der Weltfinanzkrise einzudämmen. Gleichzeitig hat die SPD – allen voran unser Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier – immer deutlich gemacht, dass auf die Sicherung von Arbeitsplätzen ebenso viel Energie verwendet wird.

Erster Schritt: Formulierung des Ziels auf dem Bundesparteitag der SPD

Bereits auf dem Bundesparteitag am 18. Oktober hat Frank-Walter Steinmeier als erster das Ziel eines Schutzschirms für Beschäftigung formuliert:

„Aber machen wir uns nichts vor. Mit der Rettung der Finanzmärkte ist es nicht getan. Diese Krise wird auf die Konjunktur drücken. Uns steht eine Rüttelstrecke bevor, und von uns wird mit abhängen, wie lang und heftig sie ist. Deshalb sage ich: Nach dem Rettungsschirm für die Banken brauchen wir jetzt einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze in Deutschland!

Wir werden im kommenden Jahr um jeden Job kämpfen! Und dieser Kampf hat schon begonnen. Während sich die ganze Welt auf die Bankenkrise konzentriert hat, haben wir in der vergangenen Woche gehandelt und ein großes Stabilisierungspaket für die Konjunktur in Deutschland geschnürt“.

Die Vereinbarungen der Koalition Anfang Oktober waren bereits ein erster Beitrag zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Kindergeld und Kinderfreibetrag werden erhöht, Steuererleichterungen eingeführt, die Wohngelderhöhung wird vorgezogen und für bedürftige Kinder wird ein Schulbedarfspaket geschaffen. Dies bedeutet 2009 eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger um 6 Mrd. Euro und ab 2010 um 14 Mrd. Euro. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird für die Jahre 2009 und 2010 auf 2,8 Prozent gesenkt; im Jahr 2006 lag er noch bei 6,5 Prozent (siehe SPD-Aktuell vom 6. Oktober 2008).

Zweiter Schritt: Investitions- und Beschäftigungspaket der Bundesregierung

Zweiter Schritt: Investitions- und Beschäftigungspaket der Bundesregierung

Um zusätzliche Impulse für Nachfrage und Investitionen zu erzielen, haben sich Regierung und Koalitionsfraktionen auf ein weiteres Paket verständigt. Dieses sieht Maßnahmen in folgenden Bereichen vor (siehe SPD-Aktuell vom 6. November 2008):

- **Zusätzliche Anreize für private Haushalte** durch die Ausweitung der Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen eine befristete Befreiung von der KfZ-Steuer.
- **Impulse für zusätzliche Investitionen und Innovationen** u.a. durch die befristete degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen, Infrastrukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen, ein Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr und die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

- **Sicherstellung der Kreditversorgung des Mittelstands** durch ein neues KfW-Finanzierungsinstrument in Höhe von 15 Mrd. Euro.
- **Arbeitsmarktpolitische Flankierung** durch die Verlängerung des Kurzarbeitergelds auf 18 Monate und 1.000 zusätzliche Vermittlerstellen bei der Bundesagentur für Arbeit.

Dieses Paket ist ausdrücklich kein einfaches Konjunkturprogramm, es setzt auf gezielte Investitionen. Zudem hat es die Absicht, durch die befristete Senkung der KfZ-Steuer die bestehende Kaufzurückhaltung im Bereich der Automobilwirtschaft aufzulösen. Mit diesem Paket werden Investitionen von insgesamt 50 Mrd. Euro ausgelöst.

Dritter Schritt: „Europäischer Zukunftspakt für Arbeit“

Doch es reicht nicht, bei nationalen Maßnahmen stehen zu bleiben. Zum einen wirken Maßnahmen am besten, wenn alle europäischen Staaten ihre Wirtschaft koordiniert unterstützen. Zum anderen hat Deutschland als große Exportnation ein eigenes Interesse an der Stabilisierung des europäischen Marktes.

Wir brauchen jetzt auch einen starken europäischen Impuls. Nationale Maßnahmen müssen durch gemeinsames europäisches Handeln ergänzt werden. Deshalb hat Frank-Walter Steinmeier einen „Europäischen Zukunftspakt für Arbeit“ vorgeschlagen.

Die Initiative wird vom Deutschen Gewerkschaftsbund und vielen anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa ausdrücklich begrüßt.

Die Vorschläge lassen sich in 9 Punkten zusammenfassen:

1. Wir brauchen Vorfahrt für Beschäftigung. Alle europäischen Programme sind dahingehend zu überprüfen, wie kurzfristig Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten bzw. neu geschaffen werden können.
2. Energie- und Datennetze sind das Rückgrat ei-

ner modernen Volkswirtschaft. Wir plädieren deshalb für eine europäische Initiative zum Ausbau der Energie- und Breitband-Infrastruktur.

3. Wir brauchen eine europäische Forschungsoffensive im Bereich der regenerativen Energien. Hier haben europäische Unternehmen bereits heute eine Spitzenstellung. Diese müssen wir erhalten, nach Möglichkeit sogar ausbauen.
4. Wir brauchen ein europäisches Kredit-Programm für kleine und mittlere Unternehmen.
5. Der Euro hat in der Krise seine Bewährungsprobe bestanden. Seine Attraktivität ist größer denn je. Die Länder der Euro-Gruppe tragen gemeinsam die Verantwortung für seine Stabilität – auch mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir treten deshalb für eine stärkere Abstimmung im Rahmen der Euro-Gruppe und einen intensiveren Dialog mit der EZB ein.
6. Wirtschaftliche Schwierigkeiten dürfen kein Anlass für Steuer- oder Sozialdumping sein. Im Gegenteil: Wir brauchen jetzt greifbare Fortschritte bei der Harmonisierung der Unternehmens- und Zinsbesteuerung. Wir müssen Steuerschlupflöcher schließen und Möglichkeiten zur Steuergestaltung einschränken.
7. Wir plädieren für einen vertieften Dialog der Sozialpartner und die Nutzung der Möglichkeiten der Mitbestimmung. Denn auch auf europäischer Ebene wird Beschäftigungssicherung nur gelingen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich gemeinsam dieser Herausforderung stellen.
8. Wir müssen verhindern, dass die Krise der Finanzmärkte zu einer Krise des freien Welthandels wird. Protektionistischen Tendenzen müssen wir energisch entgegenwirken.
9. Europa muss bei der Neuordnung der internationalen Finanzmärkte eine führende Rolle spielen. Unsere Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch.

Der Zukunftspakt ist ein konkreter Beitrag für unsere Ideen eines sozialen Europas.